

Änderungsantrag

der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linken

zur Vorlage – zur Beschlussfassung –

Antrag der Fraktion Die Linke

9-Euro-Sozialticket und 29-Euro-Berlin-AB-Ticket bis Ende 2023 verlängern

– Drucksache 19/0895 –

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, aufbauend auf dem neuen Deutschlandticket zügig ein Konzept für die Einführung von tariflichen Ermäßigungen für die Berliner*innen vorzulegen und dieses Konzept mit dem VBB zu verhandeln, so dass die Personen entlastet werden, die diese Ermäßigungen besonders dringend benötigen.

Neben der bereits beschlossenen Verlängerung des, allerdings nur für Berlin geltenden, 9-Euro-Sozialtickets und der Einführung des vergünstigten „Deutschlandticket Job“ soll auch Familien die günstige Mitnahme ihrer Kinder ermöglicht sowie ein deutlich vergünstigtes Deutschlandticket - insbesondere für Jugendliche, Azubis, Studierende und Senior*innen - angeboten werden. Für Berlin-Pass-Inhaber*innen soll das Deutschlandticket auf 9 Euro ermäßigt werden. Der Senat möge sich für ein Tarifangebot einsetzen, das den Schwächsten die Sicherstellung ihrer Mobilitätsbedürfnisse zu einem angemessenen Tarifniveau ermöglicht und zu einem sozial gerechten Tarifangebot beiträgt.

Um rechtzeitig entsprechende vergünstigte Angebote zu entwickeln und eine parlamentarische Beratung vor der Sommerpause zu ermöglichen, soll der Senat bis Ende Mai dem Abgeordnetenhaus hierzu Vorschläge unterbreiten.

Begründung

Nachdem die Verlängerung des 9-Euro-Sozialtickets für den Tarifbereich AB bis Ende 2023 bereits beschlossen ist, und eine Verlängerung des 29-Euro-Tickets Berlin AB im VBB abgelehnt wurde und teuer ist, setzen wir uns nach wie vor für Ermäßigungen auf Basis des ab 1. Mai 2023 deutschlandweit gültigen Deutschlandtickets ein, das dann zudem in allen Tarifbereichen gilt. Berlin kann hier erneut zukunftsweisende Impulse setzen, die als bundesweites Vorbild dienen.

Berlin, den 2. Mai 2023